

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2001

Ausgegeben am 20. Februar 2001

Teil III

44. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Belarus über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

44.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK BELARUS ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT BEI DEN FREIWILLIGEN LEISTUNGEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH AN EHEMALIGE SKLAVEN- UND ZWANGSARBEITER DES NATIONALSOZIALISTISCHEN REGIMES

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER REPUBLIK BELARUS,

im Folgenden „die Vertragsparteien“ genannt,

IN DER ERKENNTNIS, daß Diktatur und Krieg den Fremdenhass, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und daß die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust, der Völkermord an slawischen und anderen Völkern Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen,

VON DEM WUNSCH GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben,

IN DER ERKENNTNIS, daß durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds“ den durch österreichisches Bundesgesetz eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Stiftung“ die von der Republik Belarus gegründete Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“.

Artikel 2

Gegenstand des Abkommens

Die österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von öS 270 Millionen über die Stiftung einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die

vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Belarus oder der Republik Estland hatten. Dies gilt auch für Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Russischen Föderation, Lettland, Litauen, Ukraine und Moldau, wenn sie aus Belarus oder Estland deportiert wurden.

Artikel 3

Grundsätze für den Empfang von Leistungen

(1) Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insofern sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

- a) Sklavenarbeiter (öS 105 000),
- b) Zwangsarbeiter in der Industrie (öS 35 000),
- c) Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (öS 20 000),
- d) mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des 12. Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern), und
- e) weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich öS 5 000),

die im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Belarus oder der Republik Estland hatten, ebenso Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Russischen Föderation, Lettland, Litauen, Ukraine und Moldau, wenn sie aus Belarus oder Estland deportiert wurden.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und auf der Grundlage dieses Abkommens zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Stiftung befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach belarussischem Recht. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, daß auf die Geltendmachung von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird.

(4) Die österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Belarus informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

Artikel 4

Grundsätze für die Erbringung der Leistung

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch die Stiftung. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist auf Grund der von der Stiftung übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto der Stiftung, das die Regierung der Republik Belarus der österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Die Regierung der Republik Belarus verpflichtet sich, Leistungen nach diesem Abkommen von allen Abgaben, Steuern und Gebühren zu befreien, die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben und insbesondere keine Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen herbeizuführen.

(4) Die Stiftung wird dafür Sorge tragen, daß Personen, deren Anträge auf Leistungen sie abgewiesen hat, die Möglichkeit der Anrufung einer Beschwerdestelle der Stiftung eingeräumt wird.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung der Stiftung vorzusehen, deren Auswahl im

Einvernehmen zwischen Stiftung und Fonds zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung ist Vorsorge zu treffen, daß die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und der Stiftung zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der bei der Stiftung entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicherzustellen, daß es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der deutschen Stiftung, als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

Artikel 5 **Datenschutz**

(1) Die Stiftung und der Fonds sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen wichtiger sind als die berechtigten Informationsinteressen der Stiftung oder des Fonds.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

Artikel 6 **Vertretung**

(1) Die Regierung der Republik Belarus kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Republik Belarus wird dafür Sorge tragen, daß vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten der Stiftung, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

Artikel 7 **Rechtssicherheit**

Die Republik Belarus wird weitere Forderungen ihrer Staatsbürger gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

Artikel 8 **Anträge früherer sowjetischer oder heutiger belarussischer Staatsbürger außerhalb des Abkommens**

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer sowjetischer und belarussischer oder heutiger belarussischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

Artikel 9 **Inkrafttreten**

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und belarussischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die österreichische Bundesregierung:

Dr. Wolfgang Schüssel

Für die Regierung der Republik Belarus:

Alexander Petrov

ПАГАДНЕННЕ

ПАМІЖ ФЕДЭРАЛЬНЫМ УРАДАМ РЭСПУБЛІКІ АЎСТРЫЯ І ЎРАДАМ РЭСПУБЛІКІ БЕЛАРУСЬ

АБ СУПРАЦОЎНІЦТВЕ ПА ПЫТАННІ ДОБРААХВОТНЫХ ВЫПЛАТ РЭСПУБЛІКАЙ АЎСТРЫЯ АСОБАМ, ШТО ПРЫЦЯГВАЛІСЯ НАЦЫЯНАЛ-САЦЫЯЛІСЦКІМ РЭЖЫМАМ ДА РАБСКАЙ І ПРЫМУСОВАЙ ПРАЦЫ

Федэральны Ўрад Рэспублікі Аўстрыя і Ўрад Рэспублікі Беларусь,

названыя надалей Дамаўляючыміся Бакамі,

ПРЫЗНАЮЧЫ, што дыктатура і вайна мелі сваім вынікам нянавісьць у адносінах да іншаземцаў, няволю, расізм, нещярпімасць і масавае знішчэнне людзей, і што выключнасць і непараўнальнасць злачынстваў Халакосту, масавае знішчэнне славянскіх і іншых народаў сталі заклікам да пастаяннай пільнасці супраць усіх форм дыктатуры і таталітарызму,

У ПЕРАКАНАНАСЦІ, што працяглая стабільнасць і мірнае і бяспечнае суіснаванне могуць быць гарантаваны толькі ў духу справядлівасці і прымірэння і што веданне і адчувальнасць структур і механізмаў нацыянал-сацыялісцкай прававой сістэмы павінны перадавацца будучым пакаленням у якасці перасцярогі,

КІРУЮЧЫСЯ ЖАДАННЕМ усталяваць супрацоўніцтва паміж Дамаўляючыміся Бакамі для таго, каб ажыццявіць добраахвотныя выплаты з боку Рэспублікі Аўстрыя асобам, што прыцягваліся да рабскай і

прымусовай працы нацыянал-сацыялісцкім рэжымам на тэрыторыі сучаснай Аўстрыі з улікам адказнасці адпаведных фірм,

ПРЫЗНАЮЧЫ, што гэтай добраахвотнай выплатай Рэспубліка Аўстрыя ўносіць значны ўклад у справу прымірэння, міра і ўзаемаразумення паміж народамі ў Еўропе,

ДАМОВІЛІСЯ АБ НІЖЭЙПАДАДЗЕНЫМ:

АРТЫКУЛ 1. Азначэнні

Для мэтай гэтага Пагаднення

- (1) азначэнне "аўстрыйскі Фонд" азначае створаны ў адпаведнасці з аўстрыйскім федэральным законам Фонд добраахвотных выплат Рэспублікай Аўстрыя асобам, што былі пагнаны на прымусовыя работы нацыянал-сацыялісцкім рэжымам (Фонд прымірэння);
- (2) азначэнне "беларускі Фонд" азначае створаны ў Рэспубліцы Беларусь Фонд "Узаемаразуменне і прымірэнне".

АРТЫКУЛ 2. Прадмет Пагаднення

Федэральны ўрад Рэспублікі Аўстрыя даручыць аўстрыйскаму Фонду выплаціць суму ў памеры 270 мільёнаў аўстрыйскіх шылінгаў у выглядзе аднаразовых фінансавых выплат фізічным асобам, што былі дэпартаваны нацыянал-сацыялісцкім рэжымам на тэрыторыю сучаснай Рэспублікі Аўстрыя і прымушаліся да займання рабскай і прымусовай працай, на момант дэпартацыі з'яўляліся грамадзянамі СССР і па стане на 15 лютага

2000 года пастаянна пражывалі на тэрыторыі Рэспублікі Беларусь ці Эстонскай Рэспублікі. Гэта распаўсюджваецца таксама на асоб, што пастаянна пражываюць у сучасны момант у былых рэспубліках Савецкага Саюзу за выключэннем Расійскай Федэрацыі, Латвіі, Літвы, Украіны і Малдовы, калі яны былі дэпартаваны з Беларусі ці Эстоніі.

АРТЫКУЛ 3.

Прадумовы атрымання выплат

(1) Атрымальнікамі выплат ў азначаных памерах могуць быць асобы, што былі дэпартаваны нацыянал-сацыялісцкім рэжымам на тэрыторыю сучаснай Рэспублікі Аўстрыя і прыцягваліся да рабскай і прымусовай працы, паколькі яны не могуць атрымаць выплаты са сродкаў фонду "Памяць, адказнасць, будучыня" Федэратыўнай Рэспублікі Германія па намінацыі "Рабская і прымусовая праца":

- а) якія прыцягваліся да рабскай працы – па 105 000 аўстрыйскіх шылінгаў,
- б) якія прыцягваліся да прымусовай працы ў прамысловасці – па 35 000 аўстрыйскіх шылінгаў,
- в) якія прыцягваліся да прымусовай працы ў сельскай гаспадарцы – па 20 000 аўстрыйскіх шылінгаў,
- г) дзеці, якія былі дэпартаваны разам з бацькамі, і непаўналетнія дзеці ва ўзросце да 12 гадоў, а таксама дзеці, што нарадзіліся пад час знаходжання іх маці на тэрыторыі Аўстрыі ў якасці прымусовых рабочых (у залежнасці ад катэгорыі, пад якую падпадаюць бацькі), і
- д) жанчыны, якія прыцягваліся да прымусовай працы і нарадзілі дзяцей, знаходзячыся ў радзільных дамах для работніц з Усходняй Еўропы, ці якіх прымусілі перарваць цяжарнасць (дадаткова па 5 000 аўстрыйскіх шылінгаў),

што з'яўляліся на момант дэпартацыі грамадзянамі СССР і па стане на 15 лютага 2000 года пастаянна пражывалі на тэрыторыі Рэспублікі Беларусь і Эстонскай Рэспублікі, а таксама асобы, якія пастаянна пражываюць у сучасны момант у былых рэспубліках Савецкага Саюзу за выключэннем Расійскай Федэрацыі, Латвіі, Літвы, Украіны і Малдовы, калі яны былі дэпартаваны з Беларусі ці Эстоніі,

(2) Заявы на атрыманне выплат падаюцца асабіста і на аснове гэтага Пагаднення. Асобы, чыя поўная і правэрэная дакументацыя аб тым, што яны прыцягваліся да рабскай і прымусовай працы, знаходзіцца ў беларускім Фондзе, не абавязаны падаваць новыя заявы для атрымання выплат. Калі асоба, што мае права на атрыманне выплат, памерла 15 лютага 2000 года ці пазней, яе правам могуць скарыстацца яе спадчыннікі ў адпаведнасці з беларускім законадаўствам. Судовы шлях атрымання выплат на аснове гэтага Пагаднення выключаецца.

(3) Асоба, якая падае заяву на атрыманне выплат, павінна падмацаваць дакументальна ці даказаць іншым шляхам сваю адпаведнасць названым прадумовам. Пры атрыманні выплат неабходна зрабіць не падлягаючую адмене заяву, што на далей ніякія дадатковыя патрабаванні і прэтэнзіі не будуць выстаўлены да Рэспублікі Аўстрыя і аўстрыйскіх прадпрымальнікаў, а таксама да Федэратыўнай Рэспублікі Германія і германскіх прадпрымальнікаў за прымусовую і рабскую працу ў межах гэтага Пагаднення.

(4) Федэральны Ўрад Рэспублікі Аўстрыя і Ўрад Рэспублікі Беларусь інфармуюць асобна адзін аднаго аб дэталях, што рэгулююць пытанні атрымання і памера выплат.

АРТЫКУЛ 4. Прадумовы выплаты

(1) Выплаты ажыццяўляюцца са сродкаў, што знаходзяцца ў распараджэнні аўстрыйскага Фонду, праз беларускі Фонд. Сродкі аўстрыйскага Фонду будуць пералічвацца па патрэбнасці на працягу максімальна кароткага тэрміну на падставе перададзеных беларускім Фондам і выбарачна правераных аўстрыйскім Фондам спісаў асоб, што падпадаюць пад адну з катэгорый, названых у пункце 1 артыкула 3 і адпавядаюць прад'яўленым патрабаванням.

(2) Выплаты пералічваюцца ў канвертуемай валюце на рахунак беларускага Фонду, нумар якога Ўрад Рэспублікі Беларусь паведаміць Федэральнаму Ўраду Рэспублікі Аўстрыя.

(3) Урад Рэспублікі Беларусь бярэ абавязацельства вызваліць выплаты па гэтым Пагадненні ад усіх збораў, падаткаў і пошлін, не ўтрымліваць ніякіх сум. Выплаты ажыццяўляюцца атрымальнікам у поўным аб'ёме без усялякіх утрыманняў і не могуць з'яўляцца падставай для змяньшэння іншых сацыяльных выплат, паслуг у галіне аховы здароўя і іншых галінах.

(4) Беларускі Фонд бярэ абавязацельства прыняць захады да таго, каб асобы, чые заявы на выплаты былі адхілены, атрымалі магчымасць падаць скаргу ў касацыйнае бюро Фонда.

(5) У інтарэсах максімальнай адкрытасці выканання гэтага Пагаднення прадуглежваецца адпаведная рэгулярная міжнародная рэвізія дзейнасці беларускага Фонду, прычым рэвізоры адбіраюцца ў выніку ўзгаднення

паміж аўстрыйскім і беларускім Фондамі. Выдаткі, што з'яўляюцца ў сувязі з гэтым, аплочваюцца аўстрыйскім Фондам.

(6)Пры арганізацыі выплат неабходна прадугледзець поўнае і ўсебаковае інфармаванне атрымальнікаў выплат і грамадскасці адносна аўстрыйскага паходжання сродкаў і мэтаў выплат.

(7)Астатнія падрабязнасці, што датычаць арганізацыі выплат, рэгулююцца асабнымі пагадненнямі паміж беларускім і аўстрыйскім Фондамі. У гэтых пагадненнях рэгулююцца таксама пытанні суразмернага пакрыцця выдаткаў, што ўзнікаюць у выніку дзейнасці беларускага Фонду (аплата працы супрацоўнікаў і кошт расходных матэрыялаў), за кошт аўстрыйскага Фонду. Акрамя таго, неабходна сачыць, каб пры арганізацыі выплат асобам, што прыцягваліся да прымусовай і рабскай працы, як са сродкаў германскага Фонду, так і са сродкаў аўстрыйскага Фонду не было двойных выплат.

АРТЫКУЛ 5. Абарона інфармацыі

(1)Беларускі і аўстрыйскі Фонды маюць права на атрыманне ад урадавых і грамадскіх устаноў інфармацыі, якая неабходна для выканання задач, што стаяць перад імі. Інфармацыя не прадастаўляецца ў тым выпадку, калі існуюць адмысловыя палажэнні ў законадаўстве ці калі інтарэсы канкрэтнай асобы, якія патрэбна абараніць, датычаць захавання ў тайне дадзеных і з'яўляюцца больш важкімі, чым апраўданая зацікаўленасць беларускага і аўстрыйскага Фондаў у атрыманні інфармацыі.

(2)Атрыманыя дадзеныя могуць быць выкарыстаны толькі ў мэтах гэтага Пагаднення, асабістыя звесткі аб фізічных асобах – толькі дзеля працэса

атрымання вылат. Выкарыстанне гэтых дадзеных дзеля іншых мэтаў дазваляецца, калі ёсць адназначная згода канкрэтнай асобы.

АРТЫКУЛ 6. Прадстаўніцтва

(1) Урад Рэспублікі Беларусь можа прызначыць свайго прадстаўніка ў якасці члена праўлення (кураторыюма) Фонду прымірэння.

(2) Урад Рэспублікі Беларусь бярэ абавязацельства прыняць захады да таго, каб прадстаўнікам, што названы аўстрыйскім Фондам, было дазволена знаёміцца з работай беларускага Фонду, што звязана з выкананнем гэтага Пагаднення.

АРТЫКУЛ 7. Прававая бяспека

Рэспубліка Беларусь не будзе надалей выказваць, прадстаўляць і падтрымліваць дадатковыя прэтэнзіі сваіх грамадзян да Рэспублікі Аўстрыя і аўстрыйскіх прадпрыемстваў, што звязаны з выкананнем рабскіх і прымусовых работ пад час нацыянал-сацыялісцкага рэжыму на тэрыторыі сучаснай Рэспублікі Аўстрыя.

АРТЫКУЛ 8. Заявы былых савецкіх і сучасных грамадзян Рэспублікі Беларусь за межамі гэтага Пагаднення

Гэта Пагадненне не закранае магчымасці для былых савецкіх і беларускіх ці сучасных грамадзян Рэспублікі Беларусь, што не падпадаюць пад дзеянне гэтага Пагаднення, накіроўваць заявы непасрэдна ў адрас аўстрыйскага Фонду.

**АРТЫКУЛ 9.
Набыццё сілы**

(1) Гэта Пагадненне набывае сілу ў дзень атрымання апошняга пісьмовага паведамлення Дамаўляючыхся Бакоў аб выкананні ўнутрыдзяржаўных працэдур, неабходных для набыцця сілы гэтым Пагадненнем.

Зроблена ў г.Вене 24 кастрычніка 2000 года ў двух экзэмплярах, на беларускай і нямецкай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

За Ўрад
Рэспублікі Беларусь

Alexander Petrov

За Федэральны Ўрад
Рэспублікі Аўстрыя

Dr. Wolfgang Schüssel

Die Mitteilungen gemäß Art. 9 des Abkommens langten am 5. Dezember 2000 bzw. am 25. Jänner 2001 bei den Vertragsparteien ein; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 9 mit 25. Jänner 2001 in Kraft getreten.

Schüssel